

Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 12.12.2019

Zu TOP : 7.8

zur landesweiten Ehrenamtskarte

Einreicher: Maik Hofmann. Fraktion Bürger für Stralsund

Vorlage: kAF 0148/2019

Anfrage:

1. Welche Auswirkungen und Vorteile sind für unsere Ehrenamtler vor Ort nach der neuen Beschlusslage des Landes MV zu erwarten?
2. Wird es notwendig sein, dass in die kommenden Haushalte der Hansestadt Stralsund mehr finanzielle Mittel für diesen Bereich eingestellt werden?

Frau Wolle beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Der Beschluss zur Umsetzung der Ehrenamtskarte ist durch den Landtag im Oktober gefasst worden.

Daraus ergeben sich für die Ehrenamtler – nicht nur vor Ort, sondern landesweit – künftig folgende Auswirkungen.

Zum einen erfahren sie mit dem Erhalt der Ehrenamtskarte eine weitere Anerkennung ihres Engagements, neben den bereits existierenden Würdigungsformaten auf Landes- oder kommunaler Ebene. Zum anderen bietet die Ehrenamtskarte künftig eine zusätzliche Unterstützung der Ehrenamtler in Form von landesweiten Vergünstigungen.

Nach Informationen des Fachamtes sollen das Antragsverfahren und die Verwaltungsstrukturen für die Ehrenamtskarte einfach gestaltet sein, so dass keine bürokratischen Hürden z.B. für die Antragsteller und erst recht nicht für die Ehrenamtlichen entstehen. Zur effizienten Bearbeitung von Anträgen ist zum Beispiel ein Onlineverfahren geplant.

Sofort nach Beschlussfassung sind durch das Land erforderliche Maßnahmen zum Aufbau der zunächst notwendigen Strukturen eingeleitet worden. Für alle Landkreise und die beiden kreisfreien Städte wurde die Trägerschaft für die MitMachZentralen entsprechend der geänderten Rahmenbedingungen neu ausgeschrieben.

Die bereits seit 2014 existierende MitMachZentrale im Landkreis Vorpommern-Rügen wird somit finanziell und personaltechnisch gestärkt und künftig unter anderem auch die Anträge für Ehrenamtler aus der Kreisstadt bearbeiten.

Die Ehrenamtsstiftung übernimmt die Antragsprüfung und Kartenausgabe. Sie führt dazu aktuell ein Stellenbesetzungsverfahren durch.

Beide Akteure – MitMachZentrale und Ehrenamtsstiftung –, aber auch die Kommunen und weitere Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind dann gefragt, Schritt für Schritt Akzeptanzpartner für die Ehrenamtskarte zu gewinnen. Zunächst wird mit einem Grundstock an Vergünstigungen gestartet, unter anderem gewährt das Land Vergünstigungen in landeseigenen Einrichtungen. Diese sollen mit Angeboten der Kooperationskommunen und anderer Akzeptanzpartner nach und nach angereichert werden. Die Einführung und Etablierung der Landesehrenamtskarte ist demnach als Entwicklungsprozess zu betrachten. Auch die Hansestadt Stralsund wird die Gewährung von Vergünstigungen im Rahmen ihrer rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten betrachten.

zu 2.:

Im städtischen Haushalt 2020 fortfolgende sind bisher keine zusätzlichen Kostenpositionen im Zusammenhang mit der Einführung der Landesehrenamtskarte geplant. Die finanziellen Aufwendungen zur Einführung der Ehrenamtskarte liegen aktuell beim Land M-V – allerhöchstens noch bei den Landkreisen und kreisfreien Städten, insofern diese die Landesfinanzierung für die MitMachZentralen zusätzlich aufstocken möchten.

Das Land wird für jeweils eine MitMachZentrale in den kreisfreien Städten und den Landkreisen Personalkosten in Höhe von bis zu 80 Prozent einer Stelle (ohne notwendigen Eigenanteil) sowie Sachkosten tragen. Hinzu kommt die Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln bei der Ehrenamtsstiftung MV.

Sollte die Hansestadt Stralsund künftig Vergünstigungen, beispielsweise für ihre kulturellen Einrichtungen, gewähren, hätte dies gegebenenfalls Auswirkungen auf die Einnahmeseite des städtischen Haushalts. Diese Positionen sind aktuell noch nicht kalkuliert.

Herr Hofmann dankt für die Beantwortung und stellt fest, dass nach 2 Jahren keine konkreten Ergebnisse vorliegen. Er erfragt, wie die Ausschüsse die politische Entwicklung hinsichtlich der landesweiten Ehrenamtskarte begleiten können.

Frau Wolle sichert zu, dass die Ausschüsse stetig über die aktuelle Entwicklung informiert werden. Außerdem kann Politik dahingehend unterstützen, potenzielle Partner anzusprechen.

Herr Hofmann drückt seine Enttäuschung über den Landtagsbeschluss aus, da keine konkreten Ergebnisse erreicht wurden.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Steffen Behrendt

Stralsund, 18.12.2019